

Bialystoker Zeitung

Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.60 Mark; durch die Post bezogen 4.25 Mark vierteljährlich außer Bezugsgeld.

Zytalata
Pracy
Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldpostanträge 1.15 Mk. einschl. Posts. von der Expedition abgeholt 1 Mark. —

Entwurf der vorläufigen Reichsverfassung.

Wolffmeldung.

Berlin, 29. Januar.

Die deutsche Reichsregierung veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, der auf Grund der Beratungen der bundesstaatlichen Kommissionen und des Kabinetts entstanden ist und vom Zentralrat, der ebenso wie die Reichsregierung noch erhebliche Bedenken hat, heute beraten werden soll. Der Entwurf lautet:

S. 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

S. 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Absatzes 4 der Zustimmung des Staatenausschusses. In dem Staatenausschuss hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Auf die großen Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landesinwohner eine Stimme, wobei ein Überschuss, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer Million gleichgerechnet wird. Demgemäß sind im Staatenausschuss vertreten: Preußen mit neun, Bayern mit sieben, Sachsen mit fünf, Württemberg und Baden mit je drei, Hessen mit zwei und die übrigen Bundesstaaten mit je einer Stimme. Den Vorsitz im Staatshaus führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutsches Österreich sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausschuss mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuss nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung vorlegen.

S. 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierungen vertreten.

S. 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet, es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Übereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenausschuss zustande. Ist eine solche Übereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

S. 5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21–23 und 26–32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

S. 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß §§ 1–4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im „Reichsgesetzblatt“ zu verkünden.

S. 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Das Amt dauert bis zum Amtseintritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

S. 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Obersie Heeresleitung unterstellt sind, ein.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

S. 9. Alle, sivilen und militärischen Anordnungen und Verfüllungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

wurden in Paris verschiedene Führer der Sondikäffanten der Pariser Arbeiterklasse verhaftet. Die Verhaftung soll angeblich infolge des beabsichtigten Generalstreiks, der politischer Natur sei, erfolgt sein.

Der Streik in den englischen Häfen.

Eigener Drahtbericht.

Haag, 29. Januar.

Der Streik auf den Schiffswerften an der Themse hat sich gestern, wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ aus London meldet, weiter ausgedehnt. In verschiedenen Häfen liegen Schiffe mit Lebensmitteln, die nicht gelöscht werden können. Auch der Ausstand am Clyde dauert fort. In Schottland sind ungefähr 50 000 Mann ohne Arbeit. In Belfast griff der Streik auf die ganze Stadt über. Keine Eisenbahn, kein Gas, keine Elektricität ist im Betrieb. Der Schiffsbau liegt still. Theater, Kinos und alle sonstigen Vergnügungsstätten sind geschlossen. Nur Krankenhäuser erhalten elektrischen Strom. Die Betriebe von Privatunternehmungen für elektrische Lichtversorgung wurden zerstört. Die Polizei mußte einschreiten. Die meisten Londoner Abendblätter besprechen die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Industrien. Man hofft, die Demobilisation werde die Arbeitslosigkeit noch steigern, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen durch Verkürzung der Arbeitszeit getroffen werden. Die „Labour Gazette“ stellt fest, daß während der letzten zwei Jahre die Zahl der in den Millionen Industriearbeitern um fünf Millionen Pfund Sterling gestiegen sind. Revolutionäre Agitatoren sind natürlich dauernd tätig, um die Unzufriedenheit zu schüren. Die gesetzten Londoner Abendblätter schätzen die Zahl der Streikenden in ganz Großbritannien auf 120 bis 150 000 Mann.

Die Internationalisierung der Wasserstraßen.

Eigener Drahtbericht.

Paris, 28. Januar.

„Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß die Forderungen der Delegierten der kleinen Mächte in bezug auf ihre Vertretung in den Kommissionen für den Völkerbund und für die Häfen und internationale Wasserstraßen bestrebt werden sollen. Nach dem „Matin“ wird Wilson, um seine Botschaft vor dem Kongreß verlesen zu können, Frankreich um den 12. Februar verlassen und fünf Wochen später wieder dorthin zurückkehren. Die Arbeiten der Konferenz werden durch diese Reise nicht unterbrochen werden.

Ein Siedlungsgesetz bevorstehend.

Wolffmeldung.

Halle, 29. Januar.

Der Direktor der hiesigen Landwirtschaftskammer teilt mit, daß die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs über Siedlung bevorsteht, wonach der Großgrundbesitz zehn v. H. seiner Fläche abtreten muß. Ferner sollen eingeklossene werden: 1. Güter, die von Kriegsgewinnern gekauft sind, 2. Güter, die in den letzten 20 Jahren mehrfach den Besitzer gewechselt haben, 3. die schlecht bewirtschafteten, 4. deren Besitzer nicht selbst bewirtschaften, 5. die aus Bauerngütern zusammengekauft.

Kampf bei Kulmsee.

Wolffmeldung.

Graudenz, 29. Januar.

Die freiwillige deutsche Sturmabteilung Rößbach vom Grenzschutz Ost geriet am Dienstag mit der polnischen Bevölkerung von Kulmsee bei Graudenz in Kampf. Nach Artillerievorbereitung wurde Kulmsee im Sturm genommen. Die polnischen Verluste betragen mehrere Tote und Verwundete. Über Kulmsee wurde der Belagerungszaun verhängt.

Berlin, 29. Januar. W. T. B.

Die Behandlung der Polenfrage, die bisher der preußische Minister von Gerlach hatte, ist in andere Hände gelegt worden.

Verhandlungsgenugthuung der Sowjetregierung.

Eigener Drahtbericht.

London, 28. Januar.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Helsingfors wird die Sowjetregierung einwilligen, Vertreter nach den Prinzeninseln zu entsenden. Sie soll sich jedoch weigern, die Truppen aus den baltischen Provinzen zurückzuziehen, weil diese nicht aus Russen, sondern aus Letten und Esten bestanden, die die Bourgeoisie im eigenen Lande bekämpften.

Das holländische Pressebüro meldet aus New York: In Amerika herrscht große Besorgnis über die Zustände in Rußland, die in erster Stelle durch die Niederlage der alliierten Truppen südlich von Archangelsk verursacht wurden. Man glaubt, daß der Plan der Konferenz auf den Prinzeninseln zu einem absolutes Fiasco werden wird. Vierter Telegramme an die „New York World“ erwähnen Pläne der Alliierten, schwere Maßnahmen gegenüber Rußland zu treffen. Dies bedeutet, daß eine großzügige bewaffnete Intervention stattfinden könnte oder sollte. Die „Tribuna“ sagt, daß Lenin auf eigene Verantwortung eine Weltkonferenz zusammenberuft, um die Ehre der internationalen Richtung zu verbreiten. Alle Blätter erwähnen den Bericht des französischen Offiziers, der aus Rußland zurückgekehrt ist und erzählt, daß die Bolschewisten den Plan haben mit zwei Millionen Mann vorzugehen.

Nach einem Kopenhagener Telegramm der „Danskische Zeitung“ weißt die „Aftenpost“ aus Archangelsk, daß der dortige Generalgouverneur jede Veröffentlichung des Vorschlags Wilsons zur Konferenz auf den Prinzeninseln verboten hat und begründet dieses Verbot damit, daß die Veröffentlichung eine vererbliche Wirkung auf die Bevölkerung haben würde. Die militärischen Kreise Rußlands sind ebenfalls absolut gegen den Vorschlag Wilsons. Es wird behauptet, daß er den Russen nur den Mut nehmen und sie in deutsche Hände treiben könnte.

Wie der „Homme Libre“ mitteilt, werden die in der russischen Legion in Frankreich eingereichten Russen aufgefordert, sich als Freiwillige für die Armee Denikins in Rußland zu stellen. Verweigern sie dies, so werden sie als Fahnenschmeißer erklärt, als Vorgezogene ihres Ranges entthoben und sie selbst nach Algier gebracht werden. Der „Homme Libre“ protestiert schärfstens gegen dieses schmachvolle Vorgehen.

Genf, 29. Januar. W. T. B.

Nach Meldungen aus Paris ist beim Friedenskongreß ein offizielles Radiotelegramm der Sowjetregierung eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, daß Rußland den Eintritt in die Gesellschaft der Nationen ablehnt.

Berlin, 29. Januar.

Der „Temps“ vom 15. Januar teilt auf Grund einer Unterredung mit dem estnischen Außenminister Poska mit, daß die deutschen Truppen vor der Roten Armee zurückgewichen seien und die deutschen Behörden systematisch die Bewaffnung der estnischen Armes verhindert hätten, indem sie das nichtabtransportierte Geschütze entweder zerstört oder an die Bolschewisten verkauft, und daß die estnische Regierung ohne Geld sei, da sie von den Deutschen ihrer einzigen Kubelreserve beraubt worden sei.

Das W. T. B. schreibt hierzu: Gegenüber dieser Meldung muß festgestellt werden, daß Herr Poska sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes im Namen der neu gebildeten estnischen Regierung der deutschen Verwaltung erklärt hat, daß die deutschen Truppen Estland sofort zu verlassen hätten. Da gleichzeitig der Ankauf von Lebensmitteln für die deutschen Truppen von den Esten verhindert wurde, mußte sofort mit der Rückführung Estlands begonnen werden. Die Absicht der deutschen Behörden, die Bewaffnung der in Bildung begriffenen estnischen Truppen durchzuführen, konnte nur zum Teil ausgeführt werden, da die estnische Bevölkerung die gelieferten Waffen vielfach zu Feindseligkeiten gegen die Deutschen offen benutzt. Es trifft auch nicht zu, daß die deutschen Behörden Waffen an die Bolschewisten verkauft und die estnische Regierung ihrer Kubelreserve beraubt haben. In jedem Falle hat die estnische Regierung beträchtliche Mengen Heeresgerät wie auch bedeutende Gelände von den deutschen Behörden erhalten.

Selbständigkeitsträger im Rheinland.

Wolftmeldung

Berlin, 29. Januar.

Aber die Frage der rheinisch-westfälischen Republik, die der Entscheidung naht, teilt die internationale Telegraphen-Agentur mit, daß man versuchen werde, folgende wirtschaftlich und landwirtschaftlich eng zusammenhängenden Gebiete zur neuen Staatenheit zusammenzufassen: Rheinland, Westfalen mit Einschluß Ostwestflands im Norden, Hessen, Hessen-Nassau, die Pfalz im Süden und Südwesteren. Als Hauptstadt kommt Köln in Betracht. Ein solches Gebilde würde ein kräftiges Volkwerk nach Westen, aber auch die Brüder zur Verständigung sein können.

Zur Lage in Katalonien.

Wolftmeldung

London, 28. Januar.

Im spanischen Abgeordnetenhaus erklärte der Führer der katalanischen Bewegung, Cambó, laut Reuter, Katalonien wolle die Selbstverwaltung, aber keine Souveränität und keine Dezentralisation. Er verweise die Regierungsvorlage. Romanones erwiderte, er stimme im wesentlichen der Selbstverwaltung zu und bedauere, daß Cambó an dem Entwurf der Regierungsvorlage nicht mitgearbeitet habe. Aber nur das Parlament könne eine Entscheidung fällen. Er erhoffe eine glückliche Lösung dieses Problems. Er erklärte ferner, die Regierung würde unerbittlich in Barcelona die Ruhe und Ordnung erzwingen.

Madrid, 29. Januar. W. L. B.

Der Ministerrat prüfe die von der allgemeinen Arbeitervereinigung der Regierung unterbreiteten sozialen

Versteigerung.

Am Montag, den 3. Februar, nachm. 2 Uhr, werden beim Fuhrpark der S. O. R. 855, Tiergartenstr. 3 (Ecke Teichstraße) 2745

10 Pferde

öffentlicht meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Oberfeldscher J. OSDER

Lindenstrasse 23

2748

nimmt seine Praxis wieder auf.

Forderungen und war gründlich dafür, Reaktionen. Das Institut für innale Reform soll einen Bericht zur Vorbereitung der nötigen Gesetzesvorlagen ausarbeiten.

Die Akten zur Kriegsschuld.

Aber die Veröffentlichung des Aktenmaterials, das die Kriegsursache in sich schließt, macht Rauchki dem „Berliner Tageblatt“ aufzuge folgende Mitteilungen: Der erste Band ist schon vor einiger Zeit der Regierung übergeben worden. Er reicht bis zur Überreichung des Ultimatums an Serbien. Dann werden noch mehrere Bände folgen, die bis zum 31. August 1914 reichen. Die Akten erscheinen lächenlos. Absolute Gewissheit besteht allerdings darin nicht.

Berlin, 30. Januar.

Nach einem Telegramm des „Berliner Tageblatts“ aus Christiania fordert der norwegische Steuermannverein, daß Deutschland für jeden während des Krieges getöteten Steuermann 80 000 Kronen Schadensatz zahlen solle, im ganzen 16 Millionen. Vorher diese Schuld bezahlt sei, wollen die norwegischen Seeleute keine Lebensmittel nach Deutschland führen.

Berlin, 29. Januar. W. L. B.

Frauen werden im preußischen Parlament vertreten sein: In der sozialdemokratischen Partei zehn, in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zwei, in der demokratischen Partei zwei, in der deutschen Volkspartei zwei, in der christlichen Volkspartei vier, zusammen 20.

London, 29. Januar. W. L. B.

Nach einem Armeebefehl sollen Reuter zufolge über 35 000 Mann idölich demobilisiert werden. Die Entlassung erfolgt nach Jahrgängen. Man hofft mindestens, daß alle Männer über 35 Jahre entlassen werden.

Während der nächsten acht oder neun Monate bleibe jedoch eine Armee von 900 000 zu un erforderlich.

Wien, 28. Januar. W. L. B.

Der ukrainische Pressediest meldet aus Kiew: Der Oberbefehlsheber der deutschen Truppen, General Richthofen, reiste am 18. Januar mit Generalstab und Pressebüro nach Deutschland ab.

Prag, 28. Januar. W. L. B.

Die tschechoslowakische Nationalversammlung nahm eine Vorlage an, in der die Gründung einer Masaryk-Universität in Berlin beschlossen war. Diese soll eine medizinische, juristische und philosophische Fakultät umfassen.

Amsterdam, 28. Januar. W. L. B.

„Allgemeen Handelsblad“ aufzuge melden die „Times“ aus Gibney den Ausbruch der Grippeepidemie in Australien.

Brüssel, 29. Januar. W. L. B.

Die Regierung beschloß, sofort mit den Arbeitern zum Ausbau und zur Unterhaltung des Antwerpener Hafens zu beginnen. Es ist dafür eine Summe von 50 Millionen Franken vorgesehen.

Kirchenzettel

für Sonntag, den 2. Februar.

Römisch-katholischer Militärkostüdienst: Worm, 9 Uhr in der Seitenkapelle der Kirche an der Deutschen Straße.

Hauptredakteur: G. Lutz.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung“.

Mit der heutigen Nummer stellt die „Bialystoker Zeitung“ ihr Erscheinen ein.

ZITRON-ESSENZ

Vollständig dem Geschmack und der Wirkung der Zitrone entsprechend, hat auch kulinarische Verwendung.

Preis einer Flasche 4 Mark.

An Grossisten Rabatt. Verkauf überall.

Wichtig für Wirtse, Konditoreien und Restaurants!!

HYGIENISCHES LABORATORIUM.

Provizoren: 2744

Th. Fraustädter und L. Rakowski,
Bialystok, Nikolaistrasse 63a, Haus Weller.

Restaurant Aquarium

Marktstraße 2, 1 Treppe.

Empfiehlt: Frühstück, Mittag, Abendbrot. Musterhafte Küche unter der Leitung eines Küchenchefs. Reichhaltiges Buffet. Dic. Weine, gut gepflegtes Bier. Mögige Preise. Besondere Zimmer. ::

2727 Juh.: A. Mandelbaum.

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczcie 4,50 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — przyjmują wszystkie poczty państwe.

Redaktor naczelny: G. Lutz.
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.
Ekspedycja: Mikołajewska 3.
Drukarnia i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkani i poszukiwania posad 15 fen. Przy powtarzaniach i większych zamówieniach obniża się cena. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Koalicja a rosyjski rząd sówietów.

Telegram własny.

Londyn, 28. stycznia.

Wedle doniesienia „Daily Mail” z Helsingforsu rząd sówietów zgodzi się, na wysłanie przedstawicieli na wyspy Księżyce. Nie chce podobno jednak usunąć wojsk z prowincji nadbałtyckich, ponieważ takowe składają się nie z rosjan lecz z estończyków i lotyszów, którzy walczą z burżuza w własnym kraju.

Holenderskie biuro prasy donosi z New-Jorku: W Ameryce panuje wielka obawa z powodu stosunków w Rosji, spowodowane przedwczesnym porażkami wojsk sprzymierzonych na południe od Archangielska. Przypuszczają, że plan konferencji na wyspach Księżyce będzie kompletnym fiaskiem. Telegramy Paryskie do „New-Jork World” wspominają o planach aliantów, aby zastosować względem Rosji ostrzejsze środki. Oznacza to, że dojść może lub ma do wielkiej interwencji zbrojnej. „Tribune” powiada, że Lenin na własną odpowiedzialność zwołuje wszechświatową konferencję aby rozprzestrzenić naukę o międzynarodowym kierunku. Wszystkie gazety umieszczają opisy oficera francuskiego, który powrócił z Rosji, że bolszewicy zamierzają wyruszyć z siłą dwóch milionów żołnierzy.

Genewa, 29. stycznia.

Wedle doniesienia z Paryża, otrzymał kongres pokojowy od rządu sówietów oficjalną depeszę iskrową, w której komunikuje, że Rosja odrzuca propozycję, wstąpienia do towarzystwa narodów.

Wedle telegramu z Kopenhagi do „Vossischen Zeitung” donosi „Morning Post” z Archangielska, że przebywający tam general gubernator zabronił wszelkiego opublikowania propozycji Wilsona zaproszenia na konferencję na wyspy Księżyce. Kola wojskowe Rosji są też zupełnie przeciwni projektowi Wilsona. Twierdzą, że odbiera to tylko odwagę rosjanów i oddaje ich w ręce niemców.

Strajk w portach angielskich.

Doniesienie Biura Wolffa.

Haaga, 29. stycznia.

Strajk w zakładach okrętowych nad Tamrą rozzerzył się znacznie jak donoszą z Londynu do „Nieuwe Rotterdamsche Courant”. W rozmaitych portach stoją okręty naładowane środkami żywnościowymi. Bezrobocie nad Llyda tuż trwa wciąż jeszcze. W Szkocji pozostało około 50,000 ludzi bez pracy. W Belfast bezrobocie — ogarnęło całe miasto. Wszystkie kolejne, gazownie i zakłady elektryczne są bezczynne. W budowie okrętów zatrój. Teatra, kinematografy i wszelkie inne zakłady zabaw zostały zamknięte. Tylko szpitale otrzymają prąd elektryczny. Przedsiębiorstwa dla dostarczenia świata elektrycznego są niszczone. Większość londyńskich gazet omawia ruch robotniczy w rozmaitych gałęziach przemysłu. Zachodzą obawy, że demobilizacja powiększy jeszcze bardziej bezrobocie, jeśli natychmiast oni zapobiegą się temu przez skorzenie dnia roboczego.

„Labour Gazette” stwierdza, że w ciągu paru ubiegłych lat tygodniowe płace pięciu milionów pracowników przemysłowych podnosły się o pięć milionów funtów sterlingów. Agitatorzy rewolucyjni są naturalnie wciąż czynni, aby podnieść niezadowolenie. Wczorajszes londyńskie pisma wieczorne obliczają liczbę strajkujących w całej Wielkiej Brytanii na 120 do 150,000 ludzi.

Wojska niemieckie na Ukrainie.

Doniesienie Biura Wolffa.

Wiedeń, 28. stycznia.

Ukraińskie biuro prasy donosi z Kijowa: Główny dowodzący wojskami niemieckimi, general Kirchhach, wyjechał dnia 18 stycznia ze swym sztabem generalnym i biurem prasy do Niemiec.

Podczas posiedzenia komisji rozejmowej w dniu 28 stycznia zawiadomiła komisja niemiecka w nocie do aliantów, że niektóre niemieckie rady żołnierskie na Ukrainie bez wiedzy i woli niemieckiego dowództwa wojska zawarły układy z rządem sówietów w Moskwie.

co się tyczy wysyłania wojsk niemieckich będących jeszcze na Ukrainie przez Wielką Rosję. Z zachowaniem się swym względem wojsk niemieckich w Rosji koalicja ponosi znaczną część winy w sprawie, która oznacza zasadnicze powiększenie sił bolszewickich.

Z konferencji pokojowej.

Telegram własny.

Paryż, 28. stycznia.

„Petit Parisien” chce wiedzieć, że żądania delegatów małych państw pod względem swych przedstawicieli w komisji dla związku narodów i dla portów jak też międzynarodowych dróg wodnych mają być zadowolone. Wedle „Matin'e” Wilson opuścił Francję, aby móc przed kongresem jeszcze odczytać swoje poselstwo około 12 lutego, aby powrócić tam znowu po pięciu tygodniach. Prace konferencji nie ulegną z powodu tej podróży przerwie.

Dokumenty o powstaniu wojny.

Telegram własny.

Berlin, 29. stycznia.

O opublikowaniu dokumentów tyczących się powodu wojny komunikuje Rautsky „Berliner Tageblattowi” co następuje: Pierwszy tom oddany został już przed pewnym czasem rządom. Zawiera on opis wypadków aż do wręczenia Serbiom ultimatum. Potem wyjdzie jeszcze kilka tomów z opisami przejść do 31 sierpnia 1914 roku. Akta wychodzą bez żadnych opuszczań. Nie ma jednak co do tego absolutnej pewności.

Położenie w Hiszpanii.

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 28. stycznia.

W Hiszpańskim parlamencie oświadczył dowódca ruchu katalońskiego, Cambo, wedle doniesienia Reutera, że Katalonia chce samorządu, a nie nadzoru i decentralizacji. Odrzuca on wniosek rządu. Romanones odpiera, że w zasadzie zgadza się na samorząd, żałuje jednak, iż Lambo nie pracował razem przy układaniu projektu rządowego. Jednakże tylko parlament może decydować. Ma on nadzieję, że zagadnienie pomyślnie rozwiązane zostanie. Dalej oświadcza jeszcze, że rząd bezwzględnie zmusi do wprowadzenia w Barcelonie spokoju i porządku.

Przymusowe rekrutowanie dla Rosji.

Telegram własny.

Zurych, 29. stycznia.

„Homme Libre” komunikuje, że rosjanie służący w legiońskiej rosyjskim we Francji wezwani są do stawienia się jako ochotnicy do armii Denikina. Jeśli nie chcą, na ówczas uważa się ich jako tchorzy, usuwa się z zajmowanego stanowiska przełożonego i wysyła do Algieru. „Home Libre” protestuje jaknajenergiczniej przeciwko temu postępowaniu.

Berlin, 30. stycznia.

Wedle depeszy do „Berliner Tageblattu” z Christianni żąda norweski związek podatkowy, by niemcy za każdego zabitego podczas wojny sternika zapłaciły 80,000 koron odszkodowania, ogółem wynosi to 16 milionów. Zanim dług ten będzie zapłaconym, niechcia sternicy norwescy odwozić do Niemiec żadnych środków żywnościowych.

Amsterdam, 29. stycznia.

Podług „Algemeen Handelsblad” donosi „Times” z Sidnej ze w Australii wybuchała epidemia influencji.

Berlin, 29. stycznia.

Kwestie polskie, których rozwiążanie polecone było dotychczas ministrowie von Gerlach, oddane zostały w inne ręce.

Berlin, 30. stycznia.

Wedle depeszy Genewskiej unii telegraficznej załatwiono w Paryżu rozmaitych kierowników syndykatów Paryskiej giełdy robotniczej. Aresztowanie dokonano rzekomo wskutek zamierzonego urządzienia ogólnego bezrobocia natury politycznej.

Sprostowanie.

Telegram własny.

Berlin, 28. stycznia.

„Temps” z dnia 15 stycznia komunikuje na podstawie interwiewu z estońskim ministrem spraw zagranicznych Poska, że wojska niemieckie ustąpiły przed czerwoną armią, a władze niemieckie systematycznie przeszkadzają w uzbrojeniu armii estońskiej, niszcząc lub sprzedając bolszewikom nie wysiane dobra armii i że rząd estoński nie ma pieniędzy, ponieważ niemcy ograbiły go z jednego z jednego zapasu w rublach.

W. B. T. pisze do tego: Co się tyczy powyższego doniesienia to stwierdzić należy, że pan Poska natychmiast po zawarciu rozejmu w imieniu nowoutworzonego rządu estońskiego oświadczył zarządowi niemieckiemu, że wojska niemieckie natychmiast opuścić mają Estonię. Ponieważ równocześnie estończycy nie dozwalały zakupywać niemcom środków żywieniowych, musiano natychmiast usuwać z Estonii wojska niemieckie. Zamiar władz niemieckich, przeprowadzenia uzbrojenia tworzących się właśnie wojsk niemieckich, dokony mógł być tylko częściowo, ponieważ ludność miejscowa używała niejednokrotnie broni na samych niemcach. Nieprawda też jest, że władze niemieckie sprzedawały broń bolsewikom i że ograbiły rząd estoński z zapasu w rublach. W każdym razie otrzymał rząd estoński znaczne zapasy broni niemieckiej, jak też poważne sumy pieniężne od władz niemieckich.

Bitwa pod Kulmsce.

Doniesienie Biura Wolffa.

Grudziądz, 29. stycznia.

Ochotniczy niemiecki oddział szturmovy Korsaacha ze straży kresów wschodnich rozpoczęł wczoraj z ludnością Kulmsce pod Grudziądzem bitwę. Po przygotowaniach artyleryjskich zdobyto szturmem Kulmsce. Poległo kilka polaków a wiele poniosło rany. W Kulmsce zaprowadzono stan wzmacnionej obrony.

Londyn, 29. stycznia.

Wedle rozkazu armii codziennie zdemobilizowanych ma być jak donosi Réuter przeszło 35 000 żołnierzy. Uwolnienie następuje według roczników. Mają nadzieję, że conajmniej uwolnieni zostaną wszyscy mężczyźni mający po nad 35 lat. Podczas przyszłych osiem lat dziewięciu miesięcy niezbędna będzie jednak jeszcze armia złożona z 900 000 ludzi.

Madryt, 29. stycznia.

Rada ministrów zbadała przedłożone rządowi przez wszystkie związki robocze żądania i w zasadzie chce się na nie zgodzić. Instytut dla reform socjalnych opracował ma sprawozdanie dla przygotowania niezbędnych projektów prawnych.

Berlin, 29. stycznia.

Kobiety będą miały swoje przedstawicielki w parlamencie pruskim. W socjaldemokratycznej partii dziesięć, w niezależnej socjaldemokratycznej partii dwie, w demokratycznej partii dwie, w niemieckiej partii narodowej dwie, w chrześcijańskiej partii ludowej cztery — razem 20.

— Z dniem dzisiejszym „Gazeta Białostocka” wychodzić przestaje.

Starszy felczer I. OSDER
(ul. Lipowa 23).

ZAJĄŁ SIĘ ZNOWU PRAKTYKA

ESENCJA CYTRYNOWA

LABORATORIUM HYGIENICZNE PROWIZORÓW

M. Frausia i L. Rakowskiego

Białystok Mikołajewska 63a dom Wellera.

ODPOWIADAJĄCA W ZUPEŁNOŚCI DZIAŁANIEM

I SMAKIEM CYTRYNYM, MOŻE TAKŻE UŻYWAĆ

BYĆ W KUCHNI.

Cena butelki 4 marki.

Grosistem rabat. Sprzedaż wszędzie.

Ważne dla gospodyń, cukierni i restauracji.

